

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

V. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 24. bis 27. November 2015

Flüchtlinge: Gelassenheit angemahnt

Um mehr Gelassenheit in der Flüchtlingsdebatte bat Oberlandeskirchenrat Dr. Christoph Künkel in seinem Bericht über die Arbeit mit Flüchtlingen innerhalb der Landeskirche. Auch wenn vieles unter den aktuellen Herausforderungen nicht gelinge – „Wir können stolz darauf sein, dass dieses Land in der Lage ist, ein solches Maß an Hilfe zu bewerkstelligen“, so Künkel.

Er plädierte dafür, den Flüchtlingen ihre Selbstbestimmung zu lassen und sie nicht mit Überorganisation in ihrer Aktionsbereitschaft zu lähmen. Flüchtlinge hätten eine enorme Risikobereitschaft bewiesen, allein dadurch, wie sie ihre Flucht durchgeführt und durchlebt hätten. Ihr Wille zur Selbstgestaltung des eigenen Lebens würde ihnen aber entzogen. Dies geschehe auch durch zu große Hilfsbereitschaft und dadurch, dass das staatliche Handeln sich zurzeit zu sehr auf die rechtsstaatliche Behandlung der Flüchtlinge reduziere. Dabei würden die Menschen zunehmend „behandelt statt zum eigenständigen Handeln ermutigt“.

„Uns muss die Frage beschäftigen, wie Flüchtlinge zu Mitbürgern werden können.“ Integration in den Arbeitsmarkt sei wichtig. Hier seien auch die diakonischen Einrichtungen besonders gefordert. „Die Kompetenzen sind



Zum ersten Mal gehörte ein Tag der Landessynode den 76 Jugenddelegierten, hier mit Landesbischof Meister. Bericht auf S. 6 und 7

vorhanden.“ Gleichzeitig müsse die Konkurrenz unter den bedürftigen Menschen verhindert werden. „Die bisherigen Aufgaben im Blick auf die diakonischen Zielgruppen dürfen unter den neuen Aufgaben nicht leiden.“ Sowohl in Kirche als auch im Staat gebe es genügend Mittel zur Bewältigung der Anforderungen, so Künkel, der pointiert formulierte: „Die Flüchtlinge hier brauchen vielleicht zehn Prozent dessen, was die Steuerflüchtlinge außer Landes schaffen.“

Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track ergänzte den Bericht aus bildungspolitischer Sicht. Die Integration der zu erwartenden 30.000 jungen
Fortsetzung auf S. 2

Aus dem Inhalt

Angst braucht eine Antwort:
Bericht des Landesbischofs
Seite 3

Bildung als Weg aus
der Armut
Seite 4

Ambitionierte Ziele
im Klimaschutz
Seite 8

Fortsetzung von S. 1

Menschen in den Alltag niedersächsischer Schulen sei eine große Aufgabe. Aber nur so sei der Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt möglich. „Wir müssen dabei auch jene fördern, die Hilfe in der Bildung anbieten, damit die Angebote erweitert werden“, so Gäfgen-Track.

Der Einsatz für Flüchtlinge ist weiterhin eine wichtige Aufgabe, das ist landeskirchlich unumstritten. „Das Engagement für Flüchtlinge beginnt in der Begegnung mit den Menschen selbst“, betonte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg. Das Kirchenparlament plant, im nächsten Jahr weitere 4 Millionen Euro für Flüchtlinge freizugeben. Der Landessynodalausschuss hatte bereits im Oktober fast 4 Millionen Euro an Soforthilfe für die Flüchtlingsarbeit freigegeben. Davon flossen drei Millionen Euro in die 49 Kirchenkreise.

Für die Begleitung von Ehrenamtlichen in den Erstaufnahmestellen stellte die Landeskirche 180.000 Euro zur Verfügung. 500.000 Euro investierte sie in die Bildungs- sowie in die Kinder- und Jugendarbeit. Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen erhielten 250.000 Euro.

Annegret Albers machte deutlich, dass der Bedarf an Kommunikation vor Ort groß sei. Die Menschen brauchten Ansprechpartner für ihre Fragen und Ängsten. Dies solle bei der landeskirchlichen Förderung im Blick bleiben.

„Unsere Aufgabe wird die Neugestaltung der gesellschaftlichen Veränderung werden. Denn die Flüchtlinge sind Bleibende, dies wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Es braucht Antworten auf die langfristige Planung, um Ängste zu nehmen“, forderte Dr. Jörg Zimmermann. In dieser Debatte habe Kirche etwas zu sagen und solle dies auch tun.

„Wir müssen noch mehr tun!“

Flüchtlingsthematik prägt auch das Leben in der Landeskirche.



Im Bericht des Landessynodalausschusses (LSA) stellte dessen Vorsitzender Jörn Surborg die aktuelle Flüchtlingssituation in den Mittelpunkt. Deutschland werde sich in den nächsten Jahren verändern durch die nun anstehende Aufgabe der Integration von Flüchtlingen, so Surborg. Wichtige Aufgabe von Kirche sei es, den gesellschaftlichen Dialog zu fördern, gerade wenn Themen kontrovers diskutiert werden. Aber auch Ehrenamtliche zu entlasten, die in der momentanen Situation Großartiges leisteten, sei notwendig. „Hier müssen wir als Kirche noch mehr tun!“

Zur Zukunftssicherung der diakonischen Dienste Hannover gewähre die Landeskirche ein Liquiditäts- und Investitionsdarlehen in Höhe von 10 Millionen Euro. „Es liegt ein plausibles Zukunftssicherungskonzept vor.“ Eine Garantie, dass dieses Konzept gelingt, gebe es aber nicht.

Dem LSA sind zur Evaluation des Zusammenschlusses von Kirchen-(kreis)ämtern zwei Anträge aus den Kir-

chenkreisen Rotenburg und Verden sowie eine Eingabe des Kirchenkreisverbandes Osterholz-Scharmbeck, Rotenburg und Verden überwiesen worden. In diesem Zusammenhang verwies Surborg auf die Diskrepanz zwischen der Verminderung der zur Verfügung stehenden Zuweisungsmittel und dem daraus resultierenden Kürzungsbedarf im Gemeindebereich einerseits und den zusätzlichen Aufgaben und steigenden Verwaltungskosten andererseits. „Wir haben als LSA die Botschaft gehört. Wir bleiben am Ball und werden uns zeitnah mit dieser Problematik beschäftigen.“

In der anschließenden Aussprache wurden mehrere Anträge gestellt und angenommen: Eine personelle und finanzielle Unterstützung der Arbeit im Bereich „Kirche und Islam“ im Haus kirchlicher Dienste wird geprüft, außerdem wird das Landeskirchenamt gebeten, weitere Mittel in Höhe von bis zu 4 Millionen Euro für die Arbeit mit Flüchtlingen für das Jahr 2016 bereitzustellen.

Angst braucht eine Antwort

In seinem Bericht ging Landesbischof Meister auf die Flüchtlingsthematik und die Notwendigkeit der Klimagerechtigkeit ein.

In seinem Bericht vor der Landessynode nahm Landesbischof Ralf Meister unmittelbar Stellung zu den Terroranschlägen von Paris und Mali. Die nun aufgetauchte Angst und Sorge brauche eine Antwort in der Gesellschaft, „damit wir klar und aufgeklärt denken und handeln, sonst bleibt diese Angst gefährlich.“ Daher sei die Debatte über die innere und äußere Sicherheit und die Verteidigung der freien Gesellschaft gegen den Terrorismus eine wichtige und notwendige Reaktion nach den Anschlägen. Es gehe darum, eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu finden. Auch müsse es Unterbrechungen des Alltags nach solch schrecklichen Geschehnissen geben. „Angst stärkt Irrationalität. Und sie beinhaltet die Gefahr zu lähmen. Angst antwortet nicht auf Argumente, aber sie braucht eine Antwort, sonst bleibt sie gefährlich, weil man leichtfertig mit dieser Angst spielen kann – auch politisch“, warnte Meister. „Angst ist immer persönlich, aber sie wirkt auch sozial.“ Diesen Effekt erlebten die Menschen zurzeit.

Uranngst aller Menschen sei die Angst vor dem Tod. „Die Gewissheit des Todes begleitet das Leben von Anfang an und löst eine bleibende Grundangst vor dem Erlöschen im Nichts aus.“ Diese Angst könne „heimatlos“ machen. „In dieser Heimatlosigkeit ist die Bibel das große Trostbuch der Christenheit.“ Die Bibel könne trösten, so der Landesbischof, „weil sie die Angst kennt.“

Heutige Menschen verunsichere die „Angst vor der Sinnlosigkeit und Leere selbst.“ Mit einem Zitat des Soziologen Heinz Bude führte Meister aus: „Die

Angst kommt daher, dass alles offen, aber nichts ohne Bedeutung ist. Man glaubt in jedem Moment mit seinem ganzen Leben zur Disposition zu stehen. Die Angst, einfach so dahinzuleben, ist schwer ertragbar.“

Protestantische Theologie habe über die Jahrhunderte hinweg dieser Sinnlosigkeit Begriffe wie „Trotz“ und „Mut“ entgegengesetzt. „Die Antwort auf Angst wird niemals die vollständige Aufhebung der Angst sein, sondern ein konstruktiver Umgang mit ihr.“ Daher, so Meister, schulde die Kirche der Gesellschaft in Zeiten der Angst einen überzeugenden Mut des Glaubens. „Wir trotzen in Gott der Sinnlosigkeit einen Sinn ab.“

In seinem Bericht ging Landesbischof Meister auch auf andere drängende Themen ein – den demografischen Wandel, das Lebensgefühl junger Menschen, die Beratungen der Endlagerkommission für hoch radioaktive Abfallstoffe, den Klimagipfel in Paris. Gerade bei letzterem wurde deutlich, wie eng in der global agierenden Welt das Thema eines Landes mit anderen verknüpft ist: Die Konzentration der Treibhausgase in der Erdatmosphäre habe einen neuen Höchststand erreicht, der Pegel der Weltmeere steige, Flüsse versiegen, Stürme werden häufiger und heftiger – Probleme, die untrennbar verbunden sind mit dem Flüchtlingsthema. „Ich wünsche mir, dass das Thema Klimagerechtigkeit ein ganz selbstverständlicher Bereich kirchlichen Lebens wird“, so Meister. Denn die Bewahrung der Schöpfung sei eine kirchliche Kernaufgabe, die auch in den Umweltleitlinien der Landeskirche ganz klar verankert sei. Man



müsse bei vielen Entscheidungen noch viel genauer hinsehen. „Wenn wir nicht weiter gehen, haben wir das Problem noch nicht verstanden.“ Mittlerweile gebe es ein landeskirchliches Klimaschutzkonzept. „Die Fläche der Sonnenkollektoren auf kirchlichen Gebäuden wächst, künftig werden Dienstfahrten mit dem Fahrrad erstattet und vieles mehr“, so Meister.

In der Aussprache reagierten mehrere Mitglieder der Landessynode auf die Ausführungen des Landesbischofs zum Thema Flüchtlinge. Eckart Richter vermisste eine klarere Distanzierung der Muslime vom islamistischen Terrorismus. Dies mache ihm Angst. Dr. Katja Lembke bedankte sich indes ausdrücklich, sie verstehe die Ausführungen des Landesbischofs als „Grundlage für unser Handeln“.

„Müssten wir bei unserer Hilfe für die Flüchtlinge nicht deutlicher von unserem Glauben sprechen?“, fragte Ottomar Fricke. Die konkrete Hilfe sei für ihn Glaubensbekenntnis, so der Landesbischof. Marie-Luise Brümmer bat darum, unbedingt auch jene Flüchtlinge, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen und mit einer Abschiebung rechnen müssen, nicht aus dem Blick zu verlieren.

Bildung als Weg aus der Armut

Erster Tätigkeitsbericht des Diakonischen Werkes nach dem Zusammenschluss fiel positiv aus: gute Kooperation mit der Kirche

Kirche und Diakonie in Niedersachsen arbeiten in vielen Bereichen ausgesprochen gut zusammen. Diese Bilanz zog Dr. Christoph Künkel, der als Vorstandssprecher den Tätigkeitsbericht des Diakonischen Werkes evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V. (DWiN) vorstellte, und verwies als ein Beispiel auf gemeinsam realisierte Projekte in der Flüchtlingsarbeit.

Durch den Zusammenschluss verfügt das DWiN über rund 3.000 Einrichtungen und Dienste mit 70.000 hauptamtlich Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von 2,5 Milliarden Euro (2013). Das DWiN habe damit den Spitzenplatz in der Freien Wohlfahrtspflege eingenommen. In dieser Hinsicht stehe es gut um die Diakonie – um die Menschen, die benachteiligt seien, stehe es allerdings schlecht. „Wir haben mehr Arme, mehr alte Menschen, die sich sorgen, ins Pflegeheim zu müssen, eine höhere Jugendarbeitslosigkeit.“ Gerade vor diesem Hintergrund sei es wichtig, sich immer wieder einzusetzen. „Diakonie kostet“, betonte der Vorstandssprecher des DWiN. „Wichtig ist, dass menschliche Solidarität verbunden ist mit wirtschaftlicher Solidität.“ Nicht zu unterschätzen sei der wichtige Beitrag, den die Diakonie mit ihrer Arbeit für den sozialen Frieden in Deutschland leiste, darauf wies Bodo von Bodelschwingh in der anschließenden Aussprache hin.

Menschen die Teilhabe am alltäglichen Leben zu ermöglichen, sei ein wichtiger Auftrag der Diakonie, so Dr. Christoph Künkel. „Armut ist sowohl global als auch in Deutschland eine Herausforderung.“ Der Weg aus der Armut gehe

nur über Bildung und Teilhabe, ergänzte Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track. „Die Weiterentwicklung unserer Förderschulen in Zeiten der Inklusion ist eine Hürde, an der wir arbeiten müssen.“ Die mehr als hundert Schulen in diakonischer Trägerschaft seien „ein ungehobener Schatz“, ebenso wie die Jugendwerkstätten, die durch geänderte Rahmenbedingungen derzeit in ihrer Existenz gefährdet seien, so Künkel. „Dabei werden sie gerade angesichts der jungen Flüchtlinge wieder wichtiger.“

Eine entscheidende Rolle komme der Diakonie zudem in der Pflege zu. Nach wie vor herrsche eine Abwärtsspirale der Löhne. Es bedürfe einer Abkehr von diesem Wettbewerbsmodell hin zu einem Leistungs- und Qualitätswettbewerb.

Gleichzeitig stehe die Diakonie vor der Frage, wie sie Nachwuchskräfte anwerben kann. Durch den Wegfall des Zivildienstes sei es schwieriger geworden, junge Menschen für soziale Berufe zu begeistern.



Dr. Christoph Künkel

Fach Religion: Zusammenarbeit

Nach entsprechenden Anträgen des Bildungsausschusses hat die Landessynode eine Weiterarbeit in mehreren Bereichen beschlossen: Das Religionspädagogische Institut in Loccum soll Modelle der Zusammenarbeit des evangelischen und des islamischen Religionsunterrichtes entwickeln; möglichst in Zusammenarbeit mit dem Institut für Islamische Theologie in Osnabrück. „Differenzen müssen benannt werden, aber auch Chancen der Zusammenarbeit“, so der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Rolf Bade. Unter dem Gesichtspunkt der Bildungsgerechtigkeit sollen Handlungsmöglichkeiten zur Integration von Flüchtlingskindern in Schule, beruflicher Ausbildung und Studium entwickelt werden. Das Landeskirchenamt soll berichten, wie die Konfirmandenarbeit weiterentwickelt werden kann, gerade auch im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. Darüber hinaus soll die Arbeit der Evangelischen Erwachsenenbildung mit den Evangelischen Familienbildungsstätten besser verzahnt werden.

Doppik: Zeitplan 2019 einhalten

Die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik erweist sich als komplex und zeitintensiv. Dieses Fazit zog Finanzchef Dr. Rolf Krämer in seinem Zwischenbericht. Dennoch soll – obwohl mehrere Mitglieder der Landessynode Zweifel an der Realisierung äußerten – an der flächendeckenden Einführung der Doppik bis 2019 festgehalten werden.



Prof. Dr. Lars Harden stellte das neue Kommunikationskonzept vor.

Kommunikation neu gestalten

Das Kommunikationskonzept sieht eine Gesamtleitung vor und berücksichtigt keine weiteren Mittel für die Evangelische Zeitung.

Die Landessynode hat den Anträgen des Öffentlichkeitsausschusses zugestimmt und damit die Umsetzung eines umfassenden Kommunikationskonzeptes auf den Weg gebracht, mit dessen Entwicklung die Agentur „aserto“ 2014 beauftragt worden war. Geschäftsführer Prof. Dr. Lars Harden stellte es jetzt der Landessynode vor. Das Landeskirchenamt wurde beauftragt, eine Umsetzungsplanung zu erarbeiten, im Mai 2016 einen Zwischenbericht zu geben und zur Novembertagung 2016 die benötigten Haushaltsmittel zu beziffern. Gleichzeitig wurde eine weitere Bezuschussung der Evangelischen Zeitung über 2016 hinaus abgelehnt. Die Inhalte der Evangelischen Zeitung seien sehr nachgefragt, betonte Harden, aber 9.700 Abonnenten rechtfertigten kein Aufrechterhalten einer Zeitung. Die frei werdenden Mittel in Höhe von 400.000 Euro sollen der Kommunikation insge-

samt erhalten bleiben.

Die Landessynode hat beschlossen, zeitnah eine Stelle für die Gesamtleitung der Kommunikation einzurichten, um eine Neustrukturierung vornehmen zu können. Diese Stelle soll im Landeskirchenamt angesiedelt sein, möglichst unabhängig von allen Bereichen arbeiten können und sämtliche Vorgänge koordinieren.

2008 hatte die Landessynode Leitlinien zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit angestoßen und die Errichtung eines Evangelischen MedienService-Zentrums (EMSZ) befürwortet. Der Evaluationsbericht zum EMSZ zeige eine deutliche Qualitätssteigerung in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und weise darauf hin, dass eine deutliche Optimierung der Arbeit durch eine Steuerung der Gesamtarbeit möglich sei, so der Geistliche Vizepräsident Arend de Vries, der in das Kommunikationskonzept einführte.

„Es geschieht viel gute Arbeit. Was fehlt, ist eine strukturelle Vernetzung, eine klarere und verbindlichere Ausrichtung, benennbare und überprüfbare Ziele der kommunikativen Arbeit“, fasste de Vries zusammen. Dabei betonte er, dass es ein Kommunikationskonzept der Landeskirche und nicht der Kirchengemeinden und Kirchenkreise sei.

Die landeskirchliche Kommunikationsarbeit solle die anderen Ebenen unterstützen, entsprechendes Know-how und auch Inhalte zur Verfügung stellen. Es gehe darum, dass die landeskirchliche Kommunikationsarbeit die Öffentlichkeitsarbeit in den Kirchengemeinden stärke.

Aus dem Vorschlag für die Neuorganisation der Kommunikation gehen drei Säulen hervor: die Gemeinde-, die Mitarbeitenden- und die Gesellschaftskommunikation. Ein redaktioneller Themendienst und eine Service-Einheit könnten den Bereichen inhaltlich zuarbeiten. Fundraising sollte ein selbstständiger Bereich werden und wie die Diakonie, das Haus kirchlicher Dienste, die Akademie Loccum und andere als eigenständige Einrichtung arbeiten. Der Vorsitzende des Öffentlichkeitsausschusses, Hans-Christian Winters, machte deutlich, das Konzept sei kein Steinbruch, aus dem man einzelne Bruchstücke herausnehmen könne, sondern hier baue alles aufeinander auf. Wichtig sei, dass die Person in der Gesamtleitung die Umsetzung des Konzeptes von Anfang an steuere und begleite. Dabei betonte er, dass niemand bei der Umsetzung des Konzeptes um seinen Arbeitsplatz fürchten müsse.

Rolf Bade mahnte, die benötigten Haushaltsmittel rechtzeitig einzustellen. „Wir brauchen finanzielle Entscheidungen im Mai 2016.“ Der Öffentlichkeitsausschuss wird an der Umsetzung des Konzeptes beteiligt.

Erste Jugendsynode gibt Impulse für stärk



LSA-Vorsitzender Jörn Surborg mittendrin: Abstimmung der Jugendsynode



Teamwork beim Abend der Begegnung



Zwei Jugenddelegierte

kere Mitbestimmung

Die hannoversche Landeskirche will die Jugendlichen in ihren Reihen stärker in den Blick nehmen. Deshalb gab es im Rahmen der Tagung der Landessynode erstmals eine Jugendsynode, bei der 76 gewählte Jugendvertreter aus allen Sprengeln mit den 75 Vertretern und vier Jugenddelegierten der Landessynode im Stephansstift ins Gespräch kamen und sich dem Schwerpunktthema unter dem Titel „Kirche lebt vom Ehrenamt, wovon leben Ehrenamtliche in der Kirche?“ widmeten. Als Teil der regulären Herbsttagung des Kirchenparlaments soll die Jugendsynode den Auftakt bilden für eine tiefergehende Zusammenarbeit mit den Jugendlichen. „Sie kann nur der Startschuss sein“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Jugendausschusses, Bernd Rossi. Es sei entscheidend, dass die Jugendlichen mitbestimmen dürften, betonte er. „Schließlich muss die Jugend in den nächsten Jahren mit den Rahmenbedingungen leben, die heute festgelegt werden.“

Der Vorsitzende des Landessynodalausschusses Jörn Surborg regte an, über eine Wiederholung der Jugendsynode alle sechs Jahre nachzudenken. „Die Jugend ist die Kirche der Gegenwart“, betonte Martin Runnebaum. Die Landessynode beschloss, die während der Jugendsynode formulierten Anträge dem Jugendausschuss und den jeweils inhaltlich zuständigen Ausschüssen zur Beratung zu überweisen. Über die Ergebnisse der Beratungen soll das Plenum im Mai 2016 informiert werden. Auch die Jugendsynode insgesamt soll bis zu diesem Zeitpunkt reflektiert werden.

Zu Beginn der Jugendsynode hatte Dr. Hilke Rebenstorf vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland aktuelle Trends

und Haltungen im gesellschaftlichen und kirchlichen Engagement Jugendlicher ausgeführt und Thesen für kirchliches Handeln abgeleitet, um die Mitglieder der Landessynode und die Jugendsynodalen auf die späteren Workshops einzustimmen und ihnen Fakten an die Hand zu geben. Es sei notwendig zu untersuchen, was junge Menschen dazu bringe, sich für und in Kirche einzusetzen, betonte Rebenstorf. „Jugendliche sind überdurchschnittlich in der Vorbereitung und Beteiligung an Gottesdiensten beteiligt“, so die Referentin. „Ihr Haupttätigkeitsfeld ist aber eindeutig die kirchliche Jugendarbeit.“

Es lasse sich beobachten, dass das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen unter 26 Jahren abnehme, so Rebenstorf in ihrer Analyse. Hier gelte es, nach den Ursachen zu fragen und zu untersuchen, welche Erwartungen junge Ehrenamtliche haben. Die ehrenamtliche Tätigkeit solle Spaß machen, das sei eine Erwartung, die sich durch alle Generationen ziehe. Doch auch das Teilen eigener Kenntnisse und Erfahrungen und die Möglichkeit zur Mitbestimmung seien sehr wichtig. Insbesondere bei der Ausgestaltung des Ehrenamtes gebe es Verbesserungspotenzial. Zwar werde Unterstützung für das Ehrenamt angeboten, doch zeigten sich deutliche Diskrepanzen zwischen den Angeboten und den Wünschen und Erwartungen. Ebenso würden Möglichkeiten zur Fortbildung und Schulung oder zur religiösen und spirituellen Stärkung von den Ehrenamtlichen vermisst. Vor allem für sehr junge, ehrenamtlich Engagierte werde die Bedeutung eines Zertifikates über die ehrenamtliche Tätigkeit immer wichtiger, ausgestellt werde es aber in den allerseltensten Fällen.



Jugendliche im Fokus



Überzeugungskräftig



Neue Ideen und Gedanken



Interessiert am Austausch

Im Klimaschutz ambitionierte Ziele gesetzt

Darüber, dass der Kirche im Klimaschutz eine besondere Rolle zukommt, herrscht Einigkeit. Jetzt sollen Projekte insbesondere zur Senkung des CO₂-Ausstoßes vorangetrieben werden.

Die hannoversche Landeskirche will den Klimaschutz in ihren Kirchengemeinden und Einrichtungen voranbringen. Die Landessynode beschloss ein Konzept mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren. Bis zum Jahr 2030 sollen unter anderem die Emissionen aus Gebäuden um 30 Prozent sinken. „Wir werden dieses Ziel erreichen können“, sagte Karsten Sierk als Mitglied des Umwelt- und Bauausschusses. Besonders vor der UN-Klimakonferenz in Paris habe das Konzept Bedeutung.

Die Kirche sei eine große gesellschaftliche Kraft und hier in besonderer Weise gefordert, hob Sierk hervor. Christen trügen eine Verantwortung für Gottes Schöpfung. Wenn die hannoversche Landeskirche klare Zeichen zum Klimaschutz setze, verringere sie damit nicht nur die eigenen Treibhausgas-Emissionen, sondern wirke auch

als Multiplikator in die Gesellschaft hinein. Die Landeskirche verfügt über rund 8.000 Gebäude, davon etwa 1.600 Kirchen oder Kapellen. Um Energie zu sparen und CO₂-Emissionen zu vermeiden, soll ihr Bedarf an Strom und Wärme nach und nach vermindert werden. Zudem will die Kirche die Gebäude nach Möglichkeit auf erneuerbare Energien umstellen.

„Es ist wichtig, eine Rückmeldung zu bekommen, welche Finanzierungen getätigt wurden“, betonte Sierk. Bis 2030 sollen zudem die durch Fahrten mit dem Pkw verursachten CO₂-Emissionen um 50 Prozent sinken. Dies sei ein ambitioniertes Ziel und nur mit neuer Technik wie Elektro-Fahrzeugen zu erreichen, sagte Sierk. Der Umwelt- und Bauausschuss rege deshalb an, Pilotprojekte finanziell zu fördern. Auch Landesbischof Ralf Meister sprach sich für mehr Sponsoring bei Elektroautos

aus. „Ich wünsche mir, dass das Thema Klimawandel und Klimagerechtigkeit ein ganz selbstverständlicher Bereich kirchlichen Lebens wird“, sagte er in seinem Bischofsbericht.

Im Anschluss nahm die Landessynode verschiedene Anträge an, darunter jenen, die Beschlüsse zu Umweltleitlinien, Zielen und Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für die gesamte Landeskirche aufzunehmen. Mit einer Ausnahme: Die Aufnahme von Klimaskriterien sollte nicht im Musterpachtvertrag, sondern in anderer geeigneter Weise erfolgen, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Der Umwelt- und Bauausschuss soll in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsfeld Kirche und Umweltschutz im Haus kirchlicher Dienste und dem Landeskirchenamt die Umsetzung des Konzeptes weiter begleiten und entwickeln.

Wichtiges in Kürze

Künftig sollen die kirchlich Beschäftigten einen Eigenanteil zu den steigenden Beiträgen der **betrieblichen Altersvorsorge** leisten. Nachdem bereits die 24. Landessynode darüber diskutiert hatte, hat die jetzige 25. Synode ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht. Konkret werden dadurch die Verhandlungen in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (ADK) möglich, um einen Eigenanteil der Mitarbeitenden festzulegen. Die Landessynode setzt sehr auf erfolgreiche Verhandlungen in der ADK.

Der Dynamisierungsfaktor für die Rückstellungen in der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK) muss erhöht werden. Bisher wurde eine Dynamisierung von 1 % einkalkuliert, jetzt hat eine Überprüfung einen Faktor von 1,93 % ergeben. Würde dieser Wert nicht angehoben, entspräche das einer Erhöhung der Deckungslücke von rechnerisch 407 auf 620 Millionen Euro. Der Verwaltungsrat der NKVK will im Dezember die notwendigen Maßnahmen beschließen.

Superintendentinnen und Superintendenten bekommen ab Januar 2017 bei einem Grundgehalt nach Besoldungsgruppe A 15 eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zu A 16, sobald sie das vierte Jahr im Amt sind. Dies gilt für die Zeit der Ausübung des Ephoralamtes. Das hat die Landessynode in geheimer Abstimmung mehrheitlich bei 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen. Die Zulage ist nicht ruhegehaltfähig. Dem Beschluss gingen intensive und teils kontroverse Beratungen voran.

Viel Kultur zum Reformationsjubiläum

Wenn 2017 das 500-jährige Jubiläum der Reformation gefeiert wird, bietet die hannoversche Landeskirche ein großes Kulturprogramm. Arend de Vries bot einen Ausblick darauf.

Mit einem „Fest für die Freiheit“, Ausstellungen und einem Pop-Oratorium zu Luther wollen die evangelischen Kirchen in Niedersachsen und Bremen 2017 das 500-jährige Reformationsjubiläum begehen. Gemeinsam mit der Landeskirche in Braunschweig und dem Braunschweigischen Landesmuseum plane die Landeskirche Hannovers die Ausstellung „Als die Reformation nach Niedersachsen kam“, sagte der Geistliche Vizepräsident im Landeskirchenamt, Arend de Vries.

Gemeinsam mit dem Land wollen die Kirchen de Vries zufolge zudem eine interaktive Landkarte veröffentlichen, die über Orte der Reformation, Projekte und Aktionen informiert. Die hannoversche Landeskirche und das Roemer- und Pelizaeus-Museum in Hildesheim wollen ab März 2017 eine Ausstellung über die Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses zeigen.



Arend de Vries stellte das Programm zum Jubiläum vor.

Zudem gastiert das Pop-Oratorium „Luther“ mit bis zu 3.000 Sängerinnen und Sängern am 14. und 15. Januar 2017 in der TUI-Arena in Hannover. Es wurde im Oktober in Dortmund urauf-

geführt. Ein europäischer Stationenweg, der ab November 2016 in 67 Städten Europas an die Reformation erinnern soll, führt unter anderem nach Osnabrück, Wolfsburg und Emden.

Beeindruckt zeigte sich Oberlandeskirchenrat Dr. Klaus Grünwaldt vom Projekt „Kirche²“, das sich vor allem durch die große ökumenische Breite der Beteiligten auszeichne. Ziel von Kirche² ist es, ökumenische Perspektiven aufzuzeigen und kreative Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. „Türen werden hier geöffnet, um selbst als Kirche zu den Menschen hinauszugehen“, so Grünwaldt. Auf evangelischer Seite wurde eine dreijährige Projektstelle eingerichtet, das Bistum Hildesheim ist mit einer halben Projektstelle beteiligt.

Vier Jahre lang fördern Landeskirche und Hanns-Lilje-Stiftung den Dialog zwischen Kirche und Theologie auf der einen und **Kunst und Kultur** auf der anderen Seite. Die Pauluskirche in Bremerhaven, die Martin-Luther-Kirche in Emden, die Markus-Kirche in Hannover und die St. Jakobi-Kirche in Hildesheim erhalten jeweils 50.000 Euro pro Jahr. 2013 und 2014 wurden außerdem 26 weitere Kirchen in Niedersachsen für ihre qualifizierte Kulturarbeit einmalig mit je 7.500 Euro gefördert. Das Programm soll 2016 fortgesetzt werden.

Kirchenmusik trage in besonderer Weise zur Kirchenbindung bei, betonte Oberlandeskirchenrat Dr. Klaus Grünwaldt im Zwischenbericht zum Musikvermittlungsprojekt „Vision Kirchenmusik“. „Wir sind davon überzeugt, dass sich über die Kirchenmusik auch die kirchlichen Inhalte vermitteln.“ So erreiche man auch kirchenferne Menschen. Seit Beginn der Pilotphase im September 2014 sei es gelungen, „Vision Kirchenmusik“ als Marke zu positionieren. Die Finanzierung des Projektes ist bis Februar 2017 gesichert.

Zusammenarbeit von Gemeinden

Nachdem Knut Laemmerhirt vom Kirchensenat den Kirchengesetzentwurf über die Neuordnung und Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit von Kirchengemeinden eingebracht hatte, berichtete Dr. Fritz Hasselhorn als Vorsitzender des Schwerpunkteausschusses. Wichtig sei für die Gesetzesinitiative, dass Kirchengemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten, sich gegenseitig entlasten, die Entwicklung neuer Profile haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeit fördern und neue Möglichkeiten zusammen verwirklichen. Gleichzeitig soll die örtliche Identität kirchlicher Arbeit geschützt werden. Die Rolle der Kirchenkreise sei unterstützend. „Gemeinden sollen selbst entscheiden können.“

Geld für schwache Kirchenkreise

„Ein Strukturanpassungsfonds, aus dem zwei Drittel der Planungsbereiche regelmäßig Zuwendungen bekommen, ist kein Fonds mehr, sondern ein zweiter Regelfinanzierungskreislauf“, machte Dr. Fritz Hasselhorn (Osnabrück) als Vorsitzender des Schwerpunkteausschusses das Problem der derzeitigen finanziellen Förderung von schwächeren Kirchenkreisen deutlich. Gleichzeitig zeigte er auf, dass in einigen Modellregionen wie dem Wendland, dem Oberharz oder dem Solling Beispiele vorlägen, wie Kirche künftig gestaltet werden müsse. Für 2017 bis 2022 werden insgesamt noch einmal 16,4 Millionen Euro im Strukturanpassungsfonds zur Verfügung gestellt.

Neue Kirchenverfassung

Die Verfassung von 1965 entspricht in weiten Teilen nicht mehr der heutigen Wahrnehmung der Kirche und gendergerechter Sprache

Die „nüchternste aller Verfassungen einer lutherischen Landeskirche“, wie es Synodenpräsident Dr. Matthias Kannengießer nannte, soll ein neues Gesicht bekommen. Darauf verständigte sich die Landessynode, nachdem Kannengießer den Bericht des Sondierungsausschusses für Verfassungsfragen vorgestellt hatte. Der Ausschuss hatte sich mit einer möglichen Überarbeitung der Verfassung der Landeskirche beschäftigt. „Die jetzige Verfassung hat sich ein wenig von der Wirklichkeit entfernt“, fasste Kannengießer den Tenor der Arbeit des Sondierungsausschusses zusammen. Mit der geplanten Neufassung könne auch ein Paradigmenwechsel vollzogen werden, so Kannengießer, der widerspiegele, dass sich das bisher eher institutionell geprägte Selbstverständnis zu einer stärkeren Wahrnehmung als Organisation wandle.

Der volkswirtschaftliche Charakter, der zum Zeitpunkt der Kirchenverfassung 1965 ganz klar gegeben gewesen sei, bestehe heute nur noch eingeschränkt. Gleichzeitig gebe es mit dem interreligiösen Dialog, dem Ehrenamt oder der gestiegenen Bedeutung der Kirchenkreise Themenfelder, die in der geltenden Verfassung nur wenig oder gar nicht vorkämen. Zudem sei es notwendig, die Sprache der Verfassung im Hinblick auf Gendergerechtigkeit zu überarbeiten. Zur Erarbeitung der neuen Verfassung schlug der Präsident der Landessynode die Bildung eines Verfassungsausschusses vor, in dem alle kirchenleitenden Gremien vertreten sein sollen und der eine ähnliche Struktur wie der Sondierungsausschuss aufweisen könne, der seine Arbeit mit



diesem Bericht beendete.

Während der Frühjahrssynode 2019 könnte die neue Verfassung abschließend diskutiert werden. Bis zum Frühjahr 2016 sollten die Ausschüsse der Landessynode und die kirchenleitenden Gremien zunächst Gelegenheit bekommen, ihre Vorschläge für die Neufassung zu erarbeiten. Ein erster Entwurf könnte im Mai 2017 vorliegen. Dieser sollte dann in Kirchenkreisen, Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen diskutiert werden. Auf Basis der Änderungsvorschläge und unter Beteiligung der Kirchenkreise könnte der Entwurf dann weiterentwickelt werden. Hinzu käme eine wissenschaftliche Begleitung durch theologische und kirchenrechtliche Experten. Dem zukünftigen Verfassungsausschuss gehören seitens der Landessynode an: Rolf Bade, Christian Castel, Angela Grimm, Dr. Fritz Hasselhorn, Dr. Matthias Kannengießer, Christine Lührs, Thomas Reisner und Jörn Surborg.

Begegnung auf Augenhöhe

Migrationsgemeinden leisten wichtige Arbeit für Integration von Flüchtlingen aus aller Welt

Die hannoversche Landeskirche hat das Engagement christlicher Migrationsgemeinden für Flüchtlinge gewürdigt. „Die Erfahrung von Fremdheit und vielleicht auch Anfeindung, aber auch von Gastfreundschaft macht besonders sensibel und aufmerksam für die Not derer, die bei uns Zuflucht suchen“, sagte Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer. Die christlichen Migranten nähmen hier eine Brückenfunktion wahr. „Diese Kompetenzen müssen wir in Zukunft noch stärker nutzen“, so Kiefer.

In den Migrationsgemeinden setzen sich zugewanderte Menschen für neu ankommende Migranten ein. Die Landeskirche arbeitet bisher unter anderem mit Gemeinden arabischer, afrikanischer, indonesischer und vietnamesischer Herkunft zusammen. Die Zusammenarbeit müsse weiter vertieft werden, forderte Kiefer. „Wir begegnen uns auf Augenhöhe und lernen voneinander.“ Die neuen Kontakte bereicherten die Landeskirche.

Auf dem Gebiet der hannoverschen Landeskirche gebe es allein zwölf

christliche Gemeinden anderer Sprache und Herkunft (GaSH), die einen großen Schatz und eine große Bereicherung darstellten, betonte der Oberlandeskirchenrat.

Die Migrationsgemeinden hatten sich im vergangenen Jahr in Loccum mit der Landeskirche zu einer „Internationalen Konferenz Christlicher Gemeinden“ zusammengeschlossen. 2012 gründete die Kirche in Hermannsburg eine Fachhochschule für Interkulturelle Theologie, um auf Herausforderungen durch die Migration zu antworten.

Superintendent Ottomar Fricke äußerte für den Ausschuss für Mission und Ökumene die Hoffnung, dass die wachsende Zahl an Flüchtlingen auch Raum für neue positive Entwicklungen biete. Er erfahre das auch in der Flüchtlingsunterkunft in Oerbke bei Bad Fallingb. wo gerade eine Absolventin der Hermannsburger Fachhochschule für Interkulturelle Theologie arbeite. Das Aktenstück wurde an den Ausschuss für Mission und Ökumene zur Beratung überwiesen.

Neubesetzung in mehreren Gremien

Veränderungen hat es in einigen Gremien gegeben: Im Landessynodalausschuss folgt Ottomar Fricke auf die ausgeschiedene Heike Burkert, ihren Sitz im Schwerpunktausschuss übernimmt Jürgen Haake. Den vakanten Sitz im Ausschuss für Theologie und Kirche übernimmt Thomas Müller. Mit dem Ausscheiden von Franziska Stollger aus der Landessynode ist ihr Ausscheiden aus dem Bildungsausschuss und dem Öffentlichkeitsaus-

schuss verbunden, der Sitz im Bildungsausschuss bleibt vakant, Mitglied im Öffentlichkeitsausschuss ist jetzt Dr. Karin Köhler. In das Kuratorium des Michaelisklosters Hildesheim wurden Dr. Katja Lembke und Thomas Müller gewählt. Der Steuerungsgruppe für ein Projekt zur Ermittlung von Referenzwerten für die Personalbemessung in Kirchen(kreis)ämtern gehören künftig Dr. Uwe Brinkmann und Hendrik Wolf-Doettinchem an.

Religionen im Kindergarten

In ihrem Bericht über das Verhältnis von Kirche und Islam thematisierte Prof. Dr. Hanna Löhmannsröben die Herausforderung evangelischer Kindertagesstätten unter der Fragestellung, wie sie mit Kindern unterschiedlicher religiöser Herkunft umgehen sollten und welche religiösen Angebote für diese Kinder gemacht werden können. Im Namen des Ausschusses für Theologie und Kirche bat sie das Landeskirchenamt, geeignete Maßnahmen für die Intensivierung des christlich-islamischen Dialogs zu initiieren. Die aktuelle Situation erfordere schnellere Reaktionen und gleichzeitig eine gute Koordination der mit dieser Frage beschäftigten Ausschüsse, ergänzte Dr. Jörg Zimmermann. Der Bildungsausschuss und der Ausschuss für Mission und Ökumene werden sich dieses Themas nun verstärkt annehmen.

Wort der Synode an Christen in Syrien

Auf einen Antrag hin verabschiedete die Landessynode einen Brief an die Christinnen und Christen in Syrien, den Landesbischof Ralf Meister auf seiner Reise dorthin im Januar übergeben soll. Ruth Scheffler-Hitzegrad hat den Entwurf vorgetragen. Wie schwierig die Situation in Syrien sei, zeige das Schicksal der mehr als zwölf Millionen Syrer auf der Flucht. In Syrien selbst gerieten die Christen immer mehr in die Enge. Die Landessynode möchte mit dem Brief ihre Solidarität bekunden. Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.



Thomas Müller (rechts) wurde von Dr. Matthias Kannengießer auf sein Amt als Mitglied der Landessynode verpflichtet. Er folgt auf Franziska Stoellger.

*Herausgegeben im Auftrag der
25. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
von der landeskirchlichen Pressestelle
Rote Reihe 6, 30169 Hannover*

*Redaktion:
Anke Brockmeyer (verantwortlich)
Unter Mitwirkung des
Evangelischen Pressedienstes
Niedersachsen-Bremen (epd)
und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten
Internet: www.synode.landeskirche-hannovers.de
Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang
(Evangelisches MedienServiceZentrum)
Fotos: Jens Schulze
Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen*

Wahlen und Entsendungen

In den Verwaltungsrat der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte sind Marie-Luise Brümmer, Christian Castel und Gerhard Tödter gewählt worden. Als Delegierte gehören der 12. Vollversammlung des Lutherischen Weltbun-

des im Jahr 2017 Wencke Breyer und Heike Conrads an. Aus der Landessynode sitzt Kerstin Dede in der Jury für den Förderpreis der Evangelisch-lutherischen Landeskirche, in der Jury für den Kultur- und Kulturförderpreis 2016 Wencke Beyer. Dem Kuratorium zur

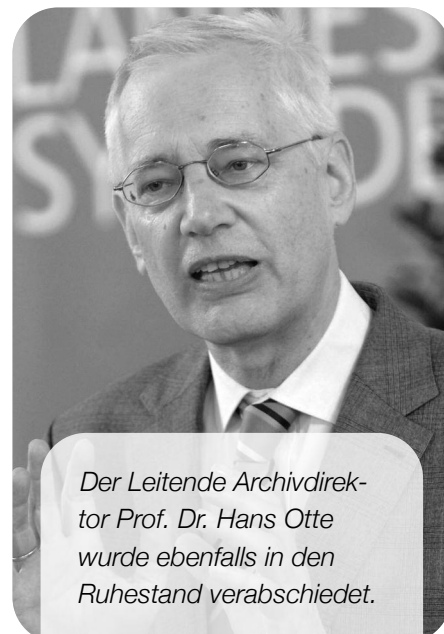
Bonifizierung eingeworbener Drittmittel für kirchliche Stiftungen gehören Jürgen Haake und Gerhard Tödter an. Der unabhängigen Kommission für die Entschädigung von Opfern sexualisierter Gewalt gehört weiterhin Christa Elsner-Solar an.



Gratulation an Dr. Stephanie Springer, die bei der EKD-Synode in den Rat der EKD gewählt wurde.



Verabschiedet: Oberlandeskirchenrat Michael Wöller geht in den Ruhestand.



Der Leitende Archivdirektor Prof. Dr. Hans Otte wurde ebenfalls in den Ruhestand verabschiedet.